



Antrag für die 1. ordentliche Sitzung der Bundesvertretung am 22.10.2021

Sozial ökologische Transformation statt Steuergeschenke an Konzerne

Vor kurzem wurde die "ökosoziale" Steuerreform beschlossen, die laut der Bundesregierung, Menschen in Österreich spürbar entlasten und gleichzeitig klimafreundliches Verhalten attraktiver machen soll. Die ökosoziale Steuerreform ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, doch ambitionierte Maßnahmen sehen anders aus. Da die Steuerreform Studierende hätte stärker entlasten müssen, sehen wir als ÖH es als unsere Pflicht, uns dazu zu äußern.

Vor allem aber ist die Steuerreform ein weiteres Rädchen im System des Kapitalismus, dessen einziger Zweck es ist, die bestehenden Klassenverhältnisse zu reproduzieren und dem Großteil der Bevölkerung die Mitbestimmung über die Produktionsmittel zu verweigern. Eine dringend notwendige sozial ökologische Transformation ist nur zu schaffen, wenn wir die herrschende Produktionsweise, die nicht in erster Linie den menschlichen Bedürfnissen, sondern der Kapitalmaximierung dient, überwinden.

1. Sozialer Aspekt

Wie aus Analysen des "Momentum-Institut" hervorgeht¹, entlastet diese Steuerreform vor allem die hohen Einkommen. Auch wenn kleine und mittlere Einkommen ein wenig bekommen, sind es vor allem die Spitzenverdiener_innen ab einem Brutto-Monatseinkommen von 5.500€, die bspw. von der Senkung der Einkommenssteuer profitieren. Auch die Stärkung des Familienbonus, den die ÖH grundsätzlich kritisch sieht, stärkt wohlhabende, kinderreiche Familien um ein Vielfaches stärker als beispielsweise alleinerziehende, geringverdienende Mütter. Wer also als Student_in Kind einkommensschwacher Eltern ist, steigt nach der Steuerreform schlechter aus als seine Studienkolleg_innen. Wie der Standard berichtet², werden zudem auch hier ein weiteres Mal patriarchale Verhältnisse gestärkt, indem der Familienbonus Väter stärker unterstützt als Mütter.

2. Ökologischer Aspekt

Der ökologische Teil der Steuerreform wurde in der Öffentlichkeit wohl am stärksten diskutiert. Er konzentriert sich vor allem auf zwei Bereiche: die Einführung einer CO₂-Steuer und die Rückvergütung über den sogenannten Klimabonus. Über die CO₂-Steuer sollen in den kommenden Jahren sukzessive die Preise für Sprit, Heizöl und Gas angehoben werden.

¹ <https://www.momentum-institut.at/steuerreform>

² <https://www.derstandard.at/story/2000130180517/male-statt-gender-mainstreaming>

Klimaschädliches Verhalten soll teurer werden, der Anreiz auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen, größer. Auch wenn der grundsätzlichen Idee durchaus etwas abgewonnen werden kann, ist die Umsetzung dieses Konzepts nicht ausreichend: Die CO₂-Steuer ist im internationalen Vergleich zu niedrig angesetzt, um tatsächlich einen Lenkungseffekt zu erzielen.

Und es gibt noch einen weiteren Aspekt, der Studierende besonders stark betrifft: Sind die finanziellen Mittel vorhanden, ist es im Eigentum (vor allem in Häusern) bei weitem einfacher, selbst zu bestimmen, wie man bspw. heizen möchte. In Mietwohnungen, in denen Studierende meist leben, ist das allerdings de facto unmöglich. Durch die Steuerreform werden also auch Mieter_innen im Vergleich zu Eigentümer_innen schlechter gestellt.

In Summe springt bei der Betrachtung dieser Steuerreform leider vor allem eins ins Auge: Die ÖVP hat auch diesmal tatsächlich tiefgehende und konstruktive Veränderungen für die Bevölkerung blockiert und denkt mehr an die Wahlkampffinanziers als die Wähler_innen. Wer jedenfalls nicht berücksichtigt wurde: die Studierenden. Anstatt Steuergeschenke für große Unternehmen und Spitzenverdiener_innen, braucht es eine echte sozial-ökologische Transformation.

Die Österreichische Hochschüler_innenschaft möge daher beschließen:

- Die ÖH begrüßt die grundsätzliche Besteuerung von klimaschädlichen Verhalten, setzt sich aber für stärkere Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes ein - unter anderem eine höhere CO₂ Bepreisung, die Abschaffung des Diesel-Privilegs und für ein rasches Auslaufen von kostenlosen CO₂ - Zertifikaten ein.
- Die ÖH setzt sich konsequent für die Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern und den Ausbau von sozialen und klimafreundlichen Maßnahmen ein, um die Erreichung der Pariser Klimaziele zu garantieren ohne dabei soziale Ungleichheiten zu verschlimmern.
- Der Kampf um echte Klima- und soziale Gerechtigkeit kann nur aus einer breiten Bewegung von unten gelingen. Die ÖH unterstützt deshalb die Forderungen und das Engagement von Fridays for Future, Greenpeace, #Nobau, Volkshilfe, Armutskonferenz und weiteren NGOs und gesellschaftlichen Initiativen mit denselben Zielen und solidarisiert sich mit eben jenen.
- Der Kern der Kritik der ÖH bezieht sich immer gegen das zugrunde liegende kapitalistische System, dessen einziger Zweck es ist, die bestehenden Klassenverhältnisse zu reproduzieren und dem Großteil der Bevölkerung die Mitbestimmung über die Produktionsmittel zu verweigern. Ziel ist deshalb eine dringend notwendige sozial ökologische Transformation und die Überwindung der herrschenden Produktionsweise, die nicht in erster Linie den menschlichen Bedürfnissen, sondern der Kapitalmaximierung dient. Insbesondere die Senkung der KöSt, die nichts anderes als ein Geschenk an Großunternehmen ist, soll hier im Fokus der Kritik stehen.
- Die oben genannten Punkte sollen vor allem in der öffentlichen Kommunikation der ÖH sowie in Gesprächen mit politischen Entscheidungsträger_innen umgesetzt werden.